



Bundesrat mischt Diskussion um Rentenalter auf

Andere Länder koppeln das Rentenalter bereits an die Lebenserwartung, wie ein Bericht des Innendepartements aufzeigt. Er regt die politische Diskussion in der Schweiz an.

Reto Zanettin

BERN. Dass ein Land politische Konzepte anderer Staaten genauer betrachtet und allenfalls sogar übernimmt, ist Praxis. Auch die Schweiz hat schon Reformideen aus dem Ausland importiert. Vieles beispielsweise, was unter dem Label «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» respektive «New Public Management» eingeführt wurde, hat seinen Ursprung in Neuseeland, Australien oder England.

Gestern haben nun auch Konzepte für eine Rentenaltererhöhung aus anderen Ländern den Weg in die politische Diskussion hierzulande gefunden. In einem Bericht, den der Bundesrat in seiner Mittwochssitzung verabschiedet hat, geht es um die Koppelung von AHV-Referenzalter und Lebenserwartung. Betrachtet werden Lösungen in sechs europäischen Staaten.

Bereits die Renteninitiative der Jungfreisinnigen hat eine solche Verknüpfung gefordert: Zunächst solle das Referenzalter auf 66 Jahre erhöht werden. Anschliessend steige das Rentenalter um 0,8 Monate, wenn sich die Lebenserwartung um einen Monat erhöht. Das Parlament hat die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Der Bundesrat steht ebenfalls nicht dahinter. Kritisiert wird unter anderem, die Renteninitiative würde einen Automatismus auf Verfassungsstufe einführen, welcher der Politik Handlungsspielraum nimmt: Das Rentenalter steigt, wenn die Lebenserwartung steigt.

Erhellend ist nun der Bericht, der sich mit den Systemen in Schweden, Dänemark, Finnland, Portugal, Italien und den Niederlanden befasst. Diese Länder haben in unterschiedlicher Form

eine Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung hergestellt. Dänemark kennt dazu zwar eine Formel. Was sie ergibt, müssen die politischen Behörden aber gutheissen – «die Anpassung erfolgt nicht automatisch», so der Bericht.

In Schweden und den Niederlanden ist vorgesehen, dass das Rentenalter um acht Monate angehoben wird, wenn die Menschen auf ein um ein Jahr längeres Leben hoffen können. Der Anstieg des Rentenalters ist damit flacher als gemäss dem Vorschlag der Jungfreisinnigen. Diese müssen sich weiterhin mit dem Einwand gegen ihre Initiative befassen, in manchen Branchen – dem Bau etwa – könne man nicht bis 66, 67 oder noch länger arbeiten. Italien liefert Stoff für eine Replik: Der südliche Nachbar kenne Möglichkeiten des Rentenverzugs. «Diese richten sich an Personen mit einer langen Erwerbszeit oder in einem anstrengenden Beruf», steht im 12-seitigen Papier, das im Eidgenössischen Innendepartement verfasst wurde.

Bundesrat zunächst zurückhaltend

Der Bundesrat verfällt angesichts der Umschau nicht in Euphorie. Es sei «verfrüht, endgültige Lehren aus diesem internationalen Vergleich zu ziehen». Allerdings enthält der Report Ideen, wie die Renteninitiative weitergedacht werden könnte. So könne sich das Referenzalter zum Beispiel auch am Verhältnis der Lohn- zur Rentensumme oder am Altersquotienten orientieren, sodass dieser einen bestimmten Zielwert nicht überschreite.

Weiter bringt der Bericht die Möglichkeit ins Spiel, dass Bundesrat und Parlament den Automatismus aussetzen können, beispielsweise falls sich die Wirtschaft besonders gut oder besonders schlecht entwickelt.

Politisch brisant ist, was im Fazit des Papiers steht: Eine Referenzaltererhö-

hung sei ein wichtiges Thema. «Es ist unbestritten, dass die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung das gesamte Altersvorsorgesystem der Schweiz, die erste und zweite Säule, auf eine harte Probe stellen.» Dies müsse in die nächste AHV-Revision einfließen.

«Privatisierung der Altersvorsorge»

Für SP-Nationalrätin Samira Marti zeigt der Bericht: «FDP und SVP wollen das Rentenalter weiter erhöhen und damit die AHV als wichtigstes Sozialwerk schwächen.» Wer es sich leisten könne, gehe schon heute früher in Rente. Länger arbeiten müssten jene, die bereits von Altersarmut bedroht seien und eine kürzere Lebenserwartung hätten. «Das führt zu einer schleichenden Privatisierung der Altersvorsorge.»

Der Report aus dem Innendepartement gibt Kritikern der Renteninitiative durchaus noch weitere Argumente an die Hand, etwa: Die Lebenserwartung sei nicht die einzige Grösse, an die das Referenzalter geknüpft werden könne. Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, sieht den Bericht indes nicht im Widerspruch zur Initiative: «Alles, was an Lösungsvorschlägen auf den Tisch kommt, ist zu begrüssen.» Der Bundesrat habe mit der Auslegeordnung aufgezeigt, dass die Anbindung des Rentenalters an die Lebenserwartung «international akzeptiert ist».

Die Jungfreisinnigen hätten einen konkreten Vorschlag eingebracht. «Aber wenn weitere Möglichkeiten ausgearbeitet werden, die das gleiche Ziel vor Augen haben, bin ich absolut offen», so Müller. Durch den Automatismus werde verhindert, dass es zu Hauruckübungen komme. Allerdings wolle die Initiative lediglich den Grundsatz festhalten und das Nötigste formulieren. «Alles Weitere ist dem Gesetzgeber vorbehalten.» Namentlich das Aussetzen des Automatismus könne auf Gesetzesstufe geregelt werden.

Derweil ortet Marti das eigentliche

Schaffhauser Nachrichten

Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
<https://www.shn.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 17'326
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Seite: 8
Fläche: 41'900 mm²

Auftrag: 3006786
Themen-Nr.: 929.020

Referenz: 89176611
Ausschnitt Seite: 2/2

Problem in der AHV bei der Rentenhöhe.
«Eine Medianrente von 1800 Franken pro Monat reicht einfach nicht aus.» Davon könne niemand leben. «Mit einer 13. AHV-Rente können wir dieses Problem angehen.» Auch dazu ist eine Initiative unterwegs. Bundesrat und Parlament haben sie zur Ablehnung empfohlen. Die Stimmbürger haben das letzte Wort – wie bei der Renteninitiative.